

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Rieser
Bismarckstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen behördlichseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Rieser
Bismarckstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Nr. 204.

Freitag, 31. August 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgegeben die 20. Nummer des Monatsbogens sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundchrift-Heile (6 Ellen) 24 Gold-Pfennige; die 24 mm breite Kellamergelle 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife, bewährter Druckstil, wenn der Betrag vorläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Spiegel an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: L. B. F. Lehmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Berlin und Moskau.

Von unserem Berliner Vertreter.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland ist in der Hauptsache wirtschaftlich eingestellt und hat durch die vielen Schwierigkeiten, die russischen Behörden und die Sowjet-Regierung selbst deutschen Unternehmungen, die in Rußland arbeiten wollen und Konzessionen dazu erteilen, eine gewisse Spannung erhalten. Man hat sich den feineren unter Ausbuchen der ganzen Welt zwischen Deutschland und Rußland geschlossenen Rapallo-Vertrag anders gedacht. Er hat uns zunächst die Möglichkeit besonders Englands einzutragen. Später sah aber England gerade zu, daß Deutschland mit diesem Vertrag nicht viel beginnen könne, da er in dringenden Fällen niemals Geltung besaß und demnach nur ein Stück Papier blieb. Immerhin haben feinerseits die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland einen gewissen Aufschwung genommen. Die interessierte deutsche Industrie glaubte nunmehr unbedenklich im Sowjetreich arbeiten zu können, sie entschloß sich sogar zu weitgehenden Krediten. Aber wenn auch die Aufträge zunächst recht gut eintrugen, so stellte sich sehr bald heraus, daß in jedem Falle besondere Schwierigkeiten zu überwinden waren und es sich mit dem russischen Abnehmer, der zum Teil der Staat selbst war, sehr schlecht arbeiten ließ. Die deutschen Beauftragten wurden zumeist wie Spione behandelt, beobachtet und belauscht. Ihnen war die Bewegungsfreiheit genommen, Verbindungen anzuknüpfen viel sehr schwer, wenn nicht bereits die ersten Verbindungen von Deutschland aus gefunden waren. Das Abfließen der Importierten Gegenstände, Wiederaufbau von Maschinen, die Anlage von Bergwerken, Straßen, Eisenbahnen forderte die Tätigkeit und Ueberwachung deutscher Ingenieure und deutscher Monteurs, die aber kein schönes Leben in der Sowjet-Union hatten, sondern sich täglich und stündlich umgibt haben. Der Dones-Prozess hat hinlänglich genug bewiesen, in welche Affäre deutsche Beauftragte kommen können. Die in diesem Prozeß genannten waren nicht die einzigen, die unter Sowjet-Bill für zu leiden hatten. Diese Schwierigkeiten stellten sich jeder neuen deutschen Lieferung und Verbindung entgegen, und sie wurden auch nicht beseitigt, obwohl man in Rußland sehr wohl einsah, daß die Wirtschaftsverbindungen mit Deutschland die Beseitigung dieser Hemmnisse vorantreiben würden. Deutschland hat die deutsche Industrie, die mit Sowjet-Rußland arbeitet, mit Nachdruck bei der deutschen Regierung eine Klärung des Verhältnisses mit Rußland gefordert, und der Erfolg ist nun der, daß, wie amtlich mitgeteilt wurde, im Einvernehmen mit der Regierung der Sowjet-Republik der Zeitpunkt für die Fortsetzung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen für Ende Oktober festgelegt worden ist. Deutschland hat feinerseits die Anregung zu diesen Verhandlungen gegeben, es hat, wie wir hören, auch jetzt darauf gedrungen, daß die seit geraumer Zeit unterbrochenen Besprechungen fortgesetzt wurden. Dabei leidet die deutsche Regierung die Auffassung, daß es notwendig erscheint, den mit Rußland geschlossenen Rapallo-Vertrag weiter auszubauen und den in großen Fragen geschlossenen Vertrag in Einzelheiten zu gliedern, so daß die Möglichkeit besteht, jedes Vorkommnis innerhalb dieses Vertrages zu beurteilen und zu klären. Deutschland wird in der Hauptsache darauf dringen, daß, soweit die Arbeit der deutschen Industrie in Rußland gehen und befristet ist, der deutschen Tätigkeit nicht die bisherigen Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wir streben demnach ein reibungsloses, wirtschaftliches Verhältnis mit Rußland an, wie es sich von selbst aus der Rapallo-Verbindung hätte ergeben müssen. Diese Verhandlungen haben deshalb keinen politischen Charakter und können die übrigen Länder nicht beunruhigen.

Polnische

Militärdemonstration im Weichselkorridor.

Zwischen Dirschau und Stargard sollen Ende September große polnische Manöver stattfinden, die unter Beteiligung aller Waffengattungen durch die militärischen Hauptverbände unter Einbeziehung aktiver Militärs stattfinden. Es handelt sich um vorwiegend gediente Mannschaften, jedoch soll auch Nichtmilitär im Dienst verwendet werden. Diese Übungen beweisen eine Uebermobilisation der Grenzverbände. Polen hat bekanntlich, ähnlich wie Frankreich, fast die gesamte polnische Weichselregion in sein Militärsystem eingegliedert und diese Weichselorganisation besonders in den Weichselprovinzen großartig ausgebaut. Die Militärbefehle haben die bevorstehenden „Kampfbereitungen“ sorgfältig vorbereitet. Selbst die Hilfsmittel hat man nicht vergessen. Das Protektorat über diese wohl zur Unterstützung des Weltfriedenspatzes im Sinne der Ausführungen Balesis geplanten Kriegsmannöver haben die militärischen und politischen Äggen übernommen. Besonders eigenartig beruht es, daß auch der polnische Bischof Olszewski in der Ufite der besondern Watrous dieses Kriegsspiels steht. Man erinnert sich daran, daß Deutschland in diesem Jahre aus politischen Rücksichtnahme die geplanten Weichselmanöver in Ostpreußen abgelehnt hat, um hierdurch ein wirklich praktisches Beispiel seiner Friedensgesinnung zu geben. Die polnische Antwort beruht nicht gerade vertrauensvoll. Aber Balesis hat ja offensichtlich die Kriegsschätzung als Friedenssicherung vorklariert.

Die Pariser Besprechungen Stresemanns mit Poincaré

Der in Berlin eingetroffene Bericht über die Pariser Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré bestätigt, wie das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben will, daß Poincaré die Annahme der dritten Zone mit der endgültigen Regelung des Reparationsproblems verbunden wissen wolle, an die man jedoch der amerikanischen Präsidentschaftswahlen wegen, schließlich vor Beginn des 10. Jahres heranzutreten wolle. In Bezug auf die zweite Zone sei die Auffassung Poincarés anscheinend weniger hart, doch müsse in dieser Erklärung die Initiative der französischen Regierung überlassen werden. Es könne kaum bezweifelt werden, daß die Räumungsfrage eine Rolle spielen werde.

Times über die Besprechungen mit Stresemann.

Sonday Times berichtet aus Paris zu den dort abgehaltenen Besprechungen mit Stresemann: Es kann

kein Zweifel bestehen, daß sowohl von französischer als auch amerikanischer Seite dahin gewirkt worden ist, nicht über eine einfache Erklärung von Poincaré hinauszugehen. Allgemein scheint man zu erwarten, daß eine ähnliche Zustimmung in Bezug auf alle Fragen über Abstandsraumung, Revision der Kriegsschulden, Aufhebung der Besatzungsmächte werden wird. Abgesehen von allen anderen Besprechungen der öffentlichen Meinung, alle eingehenden Erörterungen bis nach den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten zu verschieben. In Paris hoffte man außerdem, daß die unzeitweilige Abwesenheit Stresemanns von den Verhandlungen in Bezug nur eine zeitweilige sei, da man der Ansicht sei, daß er allein die Fröhlichkeit gezeigt habe, seine Landrente davon zu überlassen, daß eine friedliche Politik in den, die deutschen Chancen bezir. Problemen jetzt eine Frage nicht nur der Anfrichtigkeit, sondern auch der Zweckmäßigkeit sei.

Die englisch-französische Flottenverständigung.

Lord Cushead über das englisch-französische Flottenkompromiß.

Nach einer Meldung des Reuters-Bureaus aus Genf erklärte der britische Delegierte zum Völkerbundsrat, Lord Cushead, es seien viele Vermutungen angestellt worden und Mißverständnisse entstanden über das englisch-französische Flottenabkommen, das gar kein Abkommen im eigentlichen Sinne des Wortes und auch noch nicht endgültig sei. Bei den Vorkonferenzen über die Flottenabkommen sei zwischen Großbritannien und Frankreich eine Meinungsverschiedenheit über die Grundzüge einer Flottenabstimmung entstanden. Es sei keine Rede von der Größe oder der Zahl der Kriegsschiffe, die später geregelt werden würde. Die Länder seien teils der Ansicht Großbritanniens, teils der Frankreichs. Grundsätzlich unterstützten die Vereinigten Staaten von Amerika eher den Standpunkt Großbritanniens als den Frankreichs. Das englisch-französische Flottenkompromiß sei der amerikanischen, der italienischen und der japanischen Regierung mitgeteilt worden. Wenn diese mit ihm übereinstimmen, schloß Lord Cushead, dann hoffen wir, daß die vorbereitende Abklärungskommission in ihrer nächsten Tagung das Uebereinkommen als Grundlage einer Flottenabstimmung ausmachen wird. In dem Uebereinkommen sind nur 4-5 kurze technische Klauseln ent-

halten, dagegen keine Geheimklauseln noch irgendein Abkommen für eine Flottenallianz oder ein Zusammenarbeiten der Flotten. Nichts dergleichen ist jemals angetragt worden.

Eine Anklage des französischen Marineministers.

Paris. Matin veröffentlicht ein Interview des Marineministers Rouques, in dem er sich über das englisch-französische Flottenabkommen äußert. Ich kann nicht, so erklärte der Minister, mich über die Bedingungen des Abkommens selbst äußern, da die französische und die englische Regierung beschlossen haben, sie erst zu veröffentlichen, wenn alle Unterzeichner des Washingtoner Abkommens von 1921 den Text kennen und ihre Ansichten bekanntgeben haben. Dieser Text wird später von allen Ländern der Welt studiert werden können. Es befindet sich in ihm nichts, was nicht klar, deutlich und faßbar ist. Das Abkommen enthält keine geheimen Klauseln. Es enthält keine Verständigung über ein militärisches und maritimes Zusammenwirken zwischen Frankreich und England. Das Abkommen sucht auch nicht auf Umwegen das Washingtoner Abkommen von 1921 zu vereinbaren. Das Washingtoner Abkommen, das sich doch nur auf die Großkampfschiffe und auf die Flugzeugträger bezieht, wird vielmehr strikt eingehalten werden.

Die Engländer empfehlen sich für Erdbeim.

in London. Die in Koblenz veröffentlichten halbamtlichen Erklärungen, wonach die Verhandlungen zwischen den britischen und den französischen Besatzungsbehörden über die Ausdehnung der britischen Besatzungszone bis nach Erdbeim noch nicht abgeschlossen sein sollen, werden auch von Reuters als unrichtig bezeichnet. Die britische Rheinarmee werde das Gebiet tatsächlich am 1. Oktober übernehmen. Es habe, so heißt es weiter, kein Erkennen ausgelöst, daß die britische Besatzungsarmee nicht von vornherein Erdbeim übernommen habe, da dort der für die britischen Besatzungszone notwendige Flugplatz und die Wolkfläche liegen. Für die Benutzung beider Plätze hätten die Deutschen daher teils mit den Franzosen zu verhandeln gehabt, um zu Vereinbarungen mit den britischen Stellen zu gelangen. Die Deutschen wären aber über die Ausdehnung der englischen Besatzungszone unzufrieden, da sie befürchteten, daß die Frage des Rennplatzes in Erdbeim, des Eigentums von Wiesbaden, zu Schwierigkeiten mit den Franzosen führen könnte, da Erdbeim als Flugplatz für Mainz-Wiesbaden ausgebaut würde. Man glaube, daß mit Erdbeim in britischen Händen, bei Unterhaltung einer Luftverkehrslinie London-Wiesbaden durch die Imperial Airways, jede Spannung mit den Besatzungsmächten auf dem neuen Flugplatz vermieden werden könne.

Die kommunistische Volksentscheidungsparole.

Die kommunistische Partei, die jetzt den Antrag auf ein Volksentscheid in der Frage des Vansertenswegs gestellt hat und die erforderlichen Unterschriften dafür sammelt, glaubt bei ihrer Unabhängigkeit ausreichende Unterstützung für ihren Antrag finden zu können. Sollte dies der Fall sein, so würde das Volkskabinett sich einmal darüber zu entscheiden haben, ob der Antrag der Kommunisten auf Zulassung des Volksentscheids überhaupt den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen entspricht. Wie wir hören, ist man nun in Kreisen des Reichsjustizministeriums der Ansicht, daß der kommunistische Antrag in seiner jetzigen Formulierung wohl kaum mit der Verfassung in Vereinbarung zu bringen ist und deshalb aller Voraussicht nach abgelehnt werden muß.

Deutsch-ethnische Handelsvertragsverhandlungen.

Reval. (Hankpruch.) Der deutsche Gesandte Schrötter teilte dem Minister des Reiches Rebane mit, Deutschland habe den ethnischen Vorschlag, bez. den Beginn der Handelsvertragsverhandlungen, angenommen. Die Verhandlungen sollen in der ersten Hälfte des September in Reval beginnen.

Die russische Mobilmachung hat den Weltkrieg entfesselt.

In einer ausgezeichneten Kritik des 4. Bandes der Memoiren Poincarés schreibt Professor William A. Ronger von der Clark-University in Worcester (Mass. U. S. A.) über die russische Mobilmachung folgendes: „Kein Franzose konnte der Meinung sein, daß Deutschland die Konzentration der ungeheuren russischen Armee an seinen Grenzen zulassen würde, ohne zu versuchen, einen deutschen Erfolg durch die schnellere Mobilisierung einer numerisch unterlegenen Armee zu sichern. Dies umso mehr, als man gleichzeitig mit der Mobilmachung der französischen Armee rechnen mußte. Ein deutscher Staatsmann, der im Jahre 1914 eine russische Mobilmachung nicht mit der Eröffnung der Feindseligkeiten beantwortet hätte, hätte sich einer verbrochenen Unterlassungsdelikt schuldig gemacht.“ Diese Behauptung zeigt aufs neue, welche Riesentat die Mobilmachung über die Kriegsschuldfrage in den Vereinigten Staaten gemacht hat. Professor William A. Ronger gilt als einer der ersten Sachverständigen in der Kriegsschuldfrage und ist in weiten Kreisen in den Vereinigten Staaten durch seine hervorragenden Vorträge, namentlich in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ bekannt.

Ein Heer Uhangtschungtschang in Schantung.

Times berichtet aus Peking: Der Chef der Uhangtschungtschang hat das nordöstliche Tibet geräumt und sich nach der Wandchunrei zurückgezogen. In Schantung hat Uhangtschungtschang ein Heer gelandet und hält die Küste von Tsingtau bis Tschifu besetzt, ohne das irgend jemand davon etwas weiß.